

Heinz-Christian Strache
Vizekanzler
Bundesminister für öffentlichen Dienst
und Sport

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMöDS-11001/0021-I/A/5/2019

Wien, am 18. April 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Bruno Rossmann, Freundinnen und Freunde haben am 22. Februar 2019 unter der Nr. **2905/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sparen im System“ sowie Doppel- und Mehrfachförderungen und Spending Reviews gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Den untenstehenden Fragen möchte ich Folgendes voranstellen:

Die Bundesregierung bekennt sich dazu, nicht bei den Menschen, sondern im System Einsparungen vorzunehmen. Die Bereiche Bildung und Sicherheit sind von diesen Einsparungen jedoch ausgenommen. Die Bundesregierung verfolgt drei Hauptziele in ihrer Haushalts- und Steuerpolitik: eine spürbare Entlastung für die arbeitenden Menschen, keine neuen Steuern sowie die Senkung der Schuldenquote. Zuerst muss der Staat schlanker werden, damit nach ersten Schritten der Entlastung auch eine nachhaltige große Steuerentlastung für die Bürgerinnen und Bürger möglich werden kann.

Durch die zielführenden Maßnahmen der Bundesregierung kann nach 65 Jahren ein Schlussstrich unter die Schuldenpolitik gezogen werden. Das Haushaltsergebnis 2018 war bereits um eine Milliarde besser als budgetiert. Im Jahr 2019 wird der Bund erstmals seit 1954

einen administrativen Haushaltüberschuss erzielen. Dieser erfolgreiche Kurs soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Zu den Fragen 1 bis 10:

- *Definieren Sie und die Regierung "Sparen im System" wie oben angeführt?*
- *Gab es in Ihrem Ressort für das Jahr 2018 Zielvorgaben im Hinblick auf die Einsparungen im System, d.h. bei den Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit?*
- *Wenn ja,*
 - a. *wie hoch waren diese*
 - i. *bei den Auszahlungen aus dem Personalaufwand (Gesamtsumme sowie Auflistung getrennt nach Bezügen, Mehrdienstleistungen, Sonstige (sonstige Nebengebühren, gesetzlicher Sozialaufwand, Abfertigungen und Jubiläumswendungen, freiwilliger Sozialaufwand, Aufwandsentschädigungen für Personal))?*
 - ii. *beim betrieblichen Sachaufwand (Gesamtsumme sowie getrennt nach Aufwand für Werkleistungen, Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund, Mieten, Instandhaltung, sonstiger betrieblicher Sachaufwand, Reisen, Transporte durch Dritte)?*
 - iii. *bei Auszahlungen aus Finanzaufwand?*
 - b. *Wurden die Zielvorgaben erreicht?*
 - c. *Bei welchen der Auszahlungen (gemäß Frage 3a) wurden sie verfehlt?*
 - d. *Was waren die Ursachen dafür?*
- *Wenn nein,*
 - a. *warum gab es keine Zielvorgaben?*
 - b. *Wurden Sie vom Bundesminister für Finanzen als Gesamtverantwortlichen für den Bundeshaushalt aufgefordert, entsprechende Zielvorgaben für Ihr Ressort vorzulegen?*
 - c. *Wie stellen Sie fest, dass tatsächlich im System gespart wurde, wenn es keine Zielvorgaben gab?*
- *Wie genau definieren Sie "Sparen im System" für den Fall, dass Ihre Definition von der oben dargestellten abweicht?*
- *Wie hoch waren die Einsparungen gemäß Ihrer Definition 2018? (Bitte listen Sie die Einsparungen möglichst detailliert auf, zumindest auf Ebene der Globalbudgets.)*
- *Gab es in Ihrem Ressort Zielvorgaben im Hinblick auf Ihre Definition von Einsparungen im System?*
- *Wenn diese verfehlt wurden, was waren die Ursachen? (Bitte führen Sie die Ursachen möglichst detailliert an.)*
- *Wenn nein (Frage 7),*
 - a. *warum gab es keine Zielvorgaben?*

- b. *Wurden Sie vom Bundesminister für Finanzen als Gesamtverantwortlichen für den Bundeshaushalt aufgefordert, entsprechende Zielvorgaben für Ihr Ressort vorzulegen?*
- c. *Wie stellen Sie fest, dass tatsächlich im System gespart wurde, wenn es keine Zielvorgaben gab?*

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird unter dem Punkt "Einführung von Kostendämpfungspfaden" festgehalten, dass durch eine konsequente Kostenanalyse nicht ausgeschöpfter Budgetpositionen im Bund bis zu einer Milliarde Euro nachhaltig eingespart werden kann. Aus dem Vergleich veranschlagter Einzahlungs- und Auszahlungspositionen der Jahre 2014 bis 2016 mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen ein Einsparungspotenzial von einer Milliarde Euro abzuleiten, deutet auf erhebliche haushaltsrechtliche Wissenslücken der Regierungsverantwortlichen hin.

Durch eine Verringerung der Voranschlagsbeträge wird weder gespart, noch führt dies zu Leistungskürzungen. Die nicht ausgeschöpften, also auch nicht finanzierten und daher kein Defizit verursachenden Budgetpositionen sind als (buchhalterische) "Rücklagen" zu verbuchen. Erst deren Auflösung erhöht das Budgetdefizit. Reale Einsparungen lassen sich so, wie sie im Ministerratsvortrag beschrieben sind, nicht erzielen. Aus haushaltsrechtlicher Sicht kann es sich dabei nur um Einsparungen von "heißer Luft" handeln.

- *Wenn Sie in der damaligen Formulierung keinen Fehler erkennen, wie hoch waren 2018 die durch eine Reduktion von Voranschlagsbeträgen erzielten Einsparungen in Ihrem Ressort?*

Ausgehend von den Beschlüssen des Ministerrates vom 5. Jänner 2018 und den damit festgelegten budgetpolitischen Zielsetzungen, hat das Bundesministerium für Finanzen zwecks Erstellung der Bundesfinanzgesetze 2018 und 2019 sowie der Bundesfinanzrahmengesetze für die Jahre 2018 bis 2022, den einzelnen haushaltsleitenden Organen bestimmte Budgets vorgegeben („Kuchenstücke“).

Die Budgetvorgaben erfolgten auf Grundlage des im Ministerrat beschlossenen Kostendämpfungspfades (Kostenanalyse Verwaltung; treffsichere Förderungen; ausgegliederte Einheiten; BIG-Mieten; Redimensionierung von Offensivmaßnahmen wie z.B. Beschäftigungsbonus).

Die daraus resultierenden Budgets wurden den haushaltsleitenden Organen auf Ebene der einzelnen Untergliederungen jeweils aus- und einzahlungsseitig in Summe vorgegeben. Die Entscheidung über die Aufteilung der Budgets auf die einzelnen Voranschlagsstellen blieb den haushaltsleitenden Organen überlassen; spezielle Einsparungen bei der „Operativen Verwaltungstätigkeit“ wurden nicht vorgegeben.

"Sparen im System" bezieht sich daher nicht nur auf Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit gemäß der Finanzierungsrechnung nach ökonomischen Kriterien.

Was das Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport (UG 17) betrifft, darf ich festhalten, dass das Ressort durch die Novelle zum Bundesministeriengesetz 2017, BGBl. I Nr. 164/2017 neu errichtet wurde. Die Zusammensetzung erfolgte durch Umschichtungen aus

- dem Bundeskanzleramt UG 10 (Bereich öffentlicher Dienst)
- dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport UG 14 (Bereich Sport)
- dem Bundesministerium für Gesundheit UG 24 (Bereich Präsidialangelegenheiten)

Darüber hinaus wurde Vorsorge für die erforderliche Infrastruktur im Zuge der Neugründung des Ressorts (IT-Struktur für die Verbindung der fünf Standorte) und für die Ausübung der Funktion des Vizekanzenlers getroffen. Darin enthalten sind auch die einmaligen Kosten für die Ratspräsidentschaft.

Es wurden keine Zielvorgaben im Hinblick auf Einsparungen im System definiert, mangels Referenzwerten kann daher keine Beantwortung hinsichtlich der Fragestellung über die Einhaltung bzw. Verfehlung erfolgen.

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird festgehalten, dass Spending Reviews ausgebaut und in den Budgetprozess integriert werden.

Zu den Fragen 11 bis 15:

- *Wurden bzw. werden in Ihrem Ressort Spending Reviews Projekte in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen erarbeitet?*
- *Wenn ja, welche?*
 - a. Was sind die Ergebnisse allfällig fertig gestellter (Pilot-)projekte?*
 - b. Wann werden diese dem Budgetausschuss zur Debatte vorgelegt werden?*
- *Welche der abgeschlossenen Pilotprojekte wurden - wie vorgesehen - in den Budgetprozess integriert?*
- *Was genau ist darunter zu verstehen?*
- *Wie viele Bedienstete Ihres Ressorts sind mit Spending Reviews Projekten und deren Integration in den Budgetprozess befasst?*

Spending Reviews sind strukturierte, verbindliche Haushaltsanalysen. Die Anwendung von Spending Reviews erlaubt eine kritische Überprüfung von Ausgaben- und Aufgabenbereichen

der öffentlichen Hand. Ziele von Spending Reviews sind die Steigerung von Effizienz und Effektivität, eine bessere Identifikation von (Ausgaben-)Prioritäten sowie die Unterstützung der Sicherstellung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

In diesem Sinne werden Aufgaben- und Ausgabenbereiche hinsichtlich möglicher Effizienz-, Effektivitäts- und Einsparungspotentiale analysiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Aufgaben und Ausgaben werden daraufhin untersucht,

- ob sie zeitgemäß sind,
- ob sie die gewünschten Resultate erbringen,
- ob und, wenn ja, wo es sinnvolle Ansatzpunkte für Einsparungen gibt,
- ob und, wenn ja, wo Aufgaben umverteilt und Ausgaben umgeschichtet werden können bzw. sollen.

Die Arbeit erfolgt durch die zuständigen Stellen und die Budgetsektion des Bundesministeriums für Finanzen gemeinsam in einer strukturierten, verbindlichen Form im Rahmen eines Projektes. Im Bereich meines Ressorts liegen zum jetzigen Zeitpunkt keine derartigen Projekte vor.

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird festgehalten, dass durch eine konsequente Abschaffung von Doppel- und Mehrfachförderungen sowie Prüfung der Förderungen auf ihre Treffsicherheit bei den Ministerien mittel- und langfristig bis zu 190 Mio. Euro eingespart werden können.

Zu den Fragen 16 und 17:

- *Welche konkreten Doppel- und Mehrfachförderungen wurden in Ihrem Ressort 2018 identifiziert und abgeschafft? (Bitte um jeweils getrennte Aufzählung je Förderung.)*
- *Wie hoch sind die dadurch erzielten Einsparungen? (Bitte um jeweils getrennte Aufzählung je Förderung.)*

Grundsätzlich erfolgt im Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport eine Prüfung der Treffsicherheit, Effizienz und Zweckmäßigkeit der Förderungen.

Die Sektion Sport meines Ressorts verfolgt mit großem Einsatz die im Ministerratsvortrag 2/11 vom 5. Jänner 2018 vorgegebenen Zielsetzungen und fokussiert dabei auf folgende Schwerpunkte:

Die Treffsicherheit der Förderungen wurde dadurch erhöht, dass keine Einzelentscheidungen getroffen, sondern die Förderungen nach einem abgestimmten Gesamtkonzept gewährt werden. Auch scheinen sämtliche seitens des Bundes ausbezahlten Förderungen in der Transparenzdatenbank auf. Hier wird hinkünftig ein Verbesserungsbedarf gesehen, wonach auch die Förderungen der Bundesländer in die Datenbank aufzunehmen sein werden. Diese und weitere Verbesserungen der Datenbank sind zurzeit in Aussicht genommen.

Auch habe ich den Auftrag zur Vorlage einer Sport Strategie Austria gegeben, an deren Details bereits gearbeitet wird. Aus den darin enthaltenen Schwerpunkten ergibt sich nicht nur eine zielorientierte Förderlandschaft, sondern auch die Möglichkeit einer genaueren Ressourcenplanung. Die Budgetmittel für Förderungen können damit ganz konkret gesteuert und die tatsächlich benötigten Mittel gezielt abgerufen werden.

Der neuen Sport Strategie Austria schließt sich eine Neustrukturierung der Sportsektion und eine Straffung der Prozesse an. Durch den dargestellten effizienten Mitteleinsatz erreicht die Sektion damit den höchstmöglichen Output und trägt damit den Zielsetzungen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der Verwaltung jedenfalls Rechnung.

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird festgehalten, dass in Summe nur mehr jede dritte Planstelle nachbesetzt werden soll.

Zu den Fragen 18 und 19:

- *Wie hoch war im Jahr 2018 der Personalabgang in Ihrem Ressort?*
- *Wie viele Stellen davon wurden nachbesetzt? (Bitte um jeweils getrennte Darstellung nach Globalbudgets Ihres Ressorts.)*

Im Jahr 2018 sind 17 Bedienstete aus meinem Ressort ausgeschieden bzw. haben ihre Versetzung in den Ruhestand bewirkt, wobei mein Ressort drei der frei gewordenen Planstellen einzusparen hatte. Die restlichen freigewordenen Stellen wurden bzw. werden nachbesetzt.

Heinz-Christian Strache

